



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Finanzausschuss
- L 213 -

Kiel, 10. September 2009
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1145
(0431) 988 1146
(0431) 988 1171
Fax (0431) 988 1156

K u r z b e r i c h t

*über die 139. Sitzung des **Finanzausschusses***

*am Donnerstag, dem 10. September 2009,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags*

Beginn: 10:05 Uhr

Mit den Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU lehnte der Finanzausschuss die **Durchführung eines ÖPP-Pilotprojektes bei der Grundinstandsetzung der Landesstraße L 192**, Umdruck 16/4554, ab.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP empfahl der Finanzausschuss dem Landtag im Einvernehmen mit dem an der Beratung beteiligten Innen- und Rechtsausschuss, den **Gesetzentwurf der Landesregierung über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „Einheitlicher Ansprechpartner Schleswig-Holstein“**, Drucksache 16/2750, mit einer Änderung bei der Inkrafttretensregelung anzunehmen.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand sodann die Diskussion über den Gesetzentwurf und die Anträge zur **Schuldenregelung**, Drucksachen 16/2746, 16/2747 und 16/2771, die der Finanzausschuss mit den gleichen Empfehlungen wie der federführende Innen- und Rechtsausschuss abschloss.

Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Begrenzung der **Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder der HSH Nordbank AG**, Umdruck 16/4628, wurde einstimmig angenommen.

Schließlich nahm der Ausschuss eine Reihe von Umdrucken zur Kenntnis.

Schluss: 12:30 Uhr

gez. Ole Schmidt